

Trotz Hartz-IV-Erhöhung sind arme Menschen heute ärmer als vor einem Jahr

Die Bundesregierung hat eine Regelsatzerhöhung um 5 Euro auf 364 Euro für Erwachsene sowie ein Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder beschlossen. Diese mickrige Erhöhung ist eine Farce und wird den Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes nicht gerecht. Das Gericht hatte eine transparente und wirklichkeitsgerechte Berechnung gefordert. Frau von der Leyen nennt den Abschluss „genau, fair und gerecht ausgerechnet; nicht willkürlich, nach Kassenlage oder nach Gutdünken.“ Was wir erlebt haben, war weder genau berechnet noch fair noch gerecht ausgerechnet. Es war ein politisches Geschacher. Arme Menschen haben ein Recht auf einen Regelsatz und sind nicht Empfänger von Almosen, die je nach politischer Gemengelage verteilt werden. Der Regelsatz wird in zwei Stufen einmal um 5 Euro und dann um 3 Euro erhöht. Entweder entspricht ein Regelsatz von 364 Euro dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts oder aber ein Regelsatz von 367 Euro.

Was jetzt beschlossen wurde, ist keine Erhöhung, sondern unterm Strich eine Kürzung. Sie macht die betroffenen Menschen ärmer. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr ein Sparpaket mit Kürzungen für Hartz IV-Empfänger beim Elterngeld, den Renten und bei der Arbeitsförderung beschlossen. Bezogen auf das gesamte Sparpaket im Zeitraum der Haushaltsjahre 2011 bis 2014 ergibt sich ein Betrag von rund 82 Mrd. Euro. Mit rund 30 Mrd. Euro bzw. mit einem Anteil von 37 Prozent trägt der Sozialbereich den größten Anteil innerhalb des „Sparpakets“. Diese Kürzungen betragen für Hartz IV-Bezieher etwa 3,6 Mrd. Euro. Wenn man diese Kürzungen von 3,7 Mrd. Euro mit der jetzt beschlossenen Regelsatzerhöhung von 1,9 Mrd. Euro gegen rechnet, dann bezahlen arme Menschen die sogenannte Regelsatzerhöhung um 5 Euro selber. **Sie haben jetzt weniger als vor einem Jahr.**

Frau von der Leyen lobt sich, dass Kinder die Gewinner seien und ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte aufgeschlagen werde. Tatsache ist, dass Kinder besonders schlecht weg kommen. Der Regelsatz von Kindern wird nicht erhöht. Jetzt bekommen Kinder ein „Bildungs- und Teilhabepaket“ von 250 Euro pro Jahr - umgerechnet 12 Euro pro Monat. Bisher gab es 100 Euro für ein Schulbedarfspaket, 30 Euro waren für Klassenfahrten vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht hatte gesagt: Kinder sind keine kleinen, prozentual kürzeren Erwachsenen. Der Kinderregelsatz habe sich am Bedarf eines Kindes für Bildung und Entwicklung der eigenen Fähigkeiten auszurichten. Das Bundesverfassungsgericht hatte die einmalige Sonderleistung für schulischen Bedarf in Höhe von 100 Euro kritisiert, da auch dieser Betrag ganz offensichtlich einfach nur geschätzt wurde. Jetzt hat Frau von der Leyen abermals nur geschätzt, aber nicht den wirklichen Bedarfs der Kinder berücksichtigt. Wie viel Nachhilfeunterricht oder Musikunterricht oder Sport bekommt man für 12 Euro im Monat? Ein wirklich neues Kapitel in der Förderung von Kindern hätte man aufgeschlagen, wenn man nicht immer nur vermeintlich gezielte Hilfen für arme Menschen anbieten würde. Wir brauchen eine flächendeckende institutionelle Bereitstellung der notwendigen Leistungen an den Orten, wo die Kinder zumindest ab dem Erreichen der Schulpflicht sind, also an den Schulen und Kindertageseinrichtungen. Wenn Schulleiter ein ausreichendes Budget für die Arbeit mit den Kindern haben, dann werden sie einen entsprechenden Nachhilfeunterricht oder Musikunterricht in die Schulen organisieren. Das wäre allemal besser als ein Bildungspaket. Wo gibt es auf dem Land den Musikunterricht oder Nach-

Mitglieder: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Pfalz • Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Rheinland • Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. • Caritasverband für die Diözese Limburg • Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. • Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. • Caritasverband für die Diözese Trier e.V. • Der Paritätische Landesverband Saarland/Rheinland • Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz • Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. • Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Rheinland-Pfalz • Diakonisches Werk Rheinland-Pfalz • Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V. • Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. • Die Tafeln Landesvertretung Rheinland-Pfalz • Diözesancaritasverband für das Erzbistum Mainz e.V. • Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz • Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz • Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz • KAB Diözesanverband Mainz • KAB Diözesanverband Trier • LAG Soziales und Hartz IV Rheinland-Pfalz • Landeserwerbslosenkonferenz Rheinland-Pfalz • Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Forschungsbereich: Detlef Baum (Institut für Sozialpädagogische Forschung) • Andreas Geiger (Landeserwerbslosenkonferenz RLP) • Franz Segbers (Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.) • Gerhard Trabert (Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.) • Gabriele Weber (Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz)

Sprecher: Franz Segbers • Gerhard Trabert

Geschäftsstelle: Landesarmutskonferenz RLP • c/o LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz • Bauerngasse 7 • 55116 Mainz
Fon: +49-6131-224608 • Fax: +49-6131-229724 • EMail: info@liga-rp.de

hilfe aus dem Bildungspaket? Was ist mit dem Essenszuschuss zum Schulessen, wenn es gar kein Schulessen gibt?

Die Öffentlichkeit hat beim politischen Kuhhandel andere rechtliche Verschlechterungen kaum bemerkt. So wurden die Sanktionen verschärft. Wenn ein Hartz IV-Bezieher jetzt eine Sanktion bekommt, wird er nicht mehr über seine Rechte belehrt. Sanktionen werden automatisch verhängt. Die Miete soll über eine Pauschale geregelt werden. Wenn es aber keine entsprechenden Wohnungen gibt, dann bedeutet die Pauschale eine Kürzung des Regelsatzes.

Mit Rechenricks hat Frau von der Leyen die Öffentlichkeit getäuscht und dafür gesorgt, dass es armen Menschen heute schlechter geht. Hartz IV-Bezieher sind heute ärmer als zu Beginn des „Jahres gegen Armut und Ausgrenzung“, das Frau von der Leyen mit großem Propagandaaufwand im letzten Jahr ausgerufen hatte. Die Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz fordert daher einen Regelsatz, der vor Armut und Ausgrenzung schützt und gesellschaftliche Teilhabe auch wirklich sichert.

Das alles zeigt: Armut fällt nicht vom Himmel. Armut wird gemacht. Deshalb will die Landesarmutskonferenz Politiker und Politikerinnen verpflichten, alle Gesetzesvorhaben kritisch zu prüfen, welche Auswirkung sie für arme Menschen haben und ob sie zu mehr Armut führen.

Mainz, 25.02.2011

Dr. Franz Segbers

Sprecher der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz (LAK)